

Die US-Kernwaffen werden in einer bundesweiten Debatte in Frage gestellt

Von JOHN LAFORGE

„Wir sollten aber erst einmal eine Debatte über die Frage führen, ob die nukleare Teilhabe noch zeitgemäß ist“ — Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.¹

Die öffentliche Kritik an den Kernwaffen der USA, die in Deutschland stationiert sind, hat sich im Frühling und Sommer dieses Jahres zu einer lebhaften, bundesweiten Debatte ausgeweitet, mit dem Schwerpunkt auf das umstrittene Denkmodell, das diplomatisch als „nukleare Teilhabe“ bekannt ist.

„Über ein Ende dieser nuklearen Teilhabe wird gerade ähnlich heftig diskutiert wie vor nicht allzu langer Zeit über den Ausstieg aus der Atomkraft.“², schrieb Roland Hipp, Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, in einem Artikel für die Zeitung „Die Welt“ im Juni.

Die 20 US-Atombomben, die auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel stationiert sind, sind so unbeliebt geworden, dass etablierte PolitikerInnen und religiöse AmtsträgerInnen gemeinsam mit Antikriegsorganisationen ihren Abzug gefordert und versprochen haben, aus den Waffen im kommenden Jahr ein Thema für die Bundestagswahlen zu machen.

Die gegenwärtige öffentliche Debatte in Deutschland ist vom belgischen Parlament angeregt worden, das am 15. Januar nahe daran war, sich gegen die US-Waffen auszusprechen, die auf dem Stützpunkt Kleine Brogel stationiert sind. Durch ein Votum von 74 zu 66 Stimmen überstimmte das Parlament nur knapp eine Resolution, die die Regierung aufforderte, „so bald wie möglich einen Plan vorzulegen, der auf den Abzug der Atomwaffen vom belgischen Territorium abzielt.“ Die Debatte entstand, nachdem das Parlamentskomitee für Außenpolitik einen Antrag angenommen hatte, der sowohl den Rückzug der Waffen aus Belgien als auch die Ratifizierung des Internationalen Vertrags zum Verbot von Atomwaffen forderte.³

1 Der Tagesspiegel, 3.5.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/spd-fordert-abzug-aller-us-atomwaffen-aus-deutschland-es-wird-zeit-dass-deutschland-die-stationierung-zukuenftig-ausschliesst/25794070.html>

2 *Die Welt*, 26. Juni 2020, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article210240447/Atomwaffen-Wie-Deutschland-sich-zur-Zielscheibe-eines-Angriffs-macht.html>

3 *The Independent*, 17. Januar 2020, <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/belgium-nuclear-weapons-us-vote-result-debate-trump-a9288451.html>



Foto: Die belgischen Gesetzgeber können angeregt worden sein, die „nukleare Teilhabe“ der Regierung neu zu überdenken, als am 20. Februar 2019 drei Mitglieder des Europäischen Parlaments auf dem belgischen Stützpunkt Kleine Brogel festgenommen wurden, nachdem sie mutig einen Zaun überstiegen und ein Banner direkt auf die Startbahn getragen hatten.

Ersatz für die alten Tornado-Flugzeuge

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer verursachte im April 2019 einen Eklat, als sie nach einer Reise in die USA dem SPIEGEL verriet, sie habe dem Chef des Pentagon, Mark Esper, eine Mail mit der Aussage geschickt, Deutschland plane, 45 Flugzeuge des Typs Boeing Corporation F-18 Super Hornets zu kaufen. Ihre Kommentare brachten ihr Zwischenrufe vom Bundestag ein, die Ministerin ruderte zurück und sagte Reportern am 22. April: „Keine Entscheidungen sind gefallen (auf denen Pläne ausgewählt werden) und das Ministerium kann diese Entscheidung auf jeden Fall nicht treffen – nur das Parlament.“⁴

Neun Tage später ging Rolf Mützenich, der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei – Mitglied der Regierungskoalition unter Angela Merkel – klar zum Angriff über.

„Atomwaffen auf deutschem Gebiet erhöhen unsere Sicherheit nicht, im Gegenteil. Es wird Zeit, dass Deutschland die Stationierung zukünftig ausschließt.“, sagte

⁴ Rückübersetzung aus dem Englischen: <https://www.dw.com/en/germany-considers-nuclear-capable-f-18-to-replace-its-aging-fleet/a-53202359>

Mützenich⁵ und fügte bei, er sei sowohl gegen die Verlängerung der nuklearen Teilhabe als auch gegen die Ersetzung der in Büchel gelagerten taktischen Nuklearwaffen der USA durch neue Sprengköpfe.

Mützenichs Erwähnung „neuer“ Sprengköpfe bezieht sich auf die US-Konstruktion hunderter der neuen, erstmals „gezielten“ Atombomben – der B61-12 –, dazu bestimmt, in den kommenden Jahren an fünf NATO-Staaten geliefert zu werden und die B61-3, 4 und 11-er Waffen zu ersetzen, die Berichten zufolge gegenwärtig in Europa stationiert sind.

Norbert Walter-Borjahn, einer der beiden Vorsitzenden der SPD, unterstützte sofort Mützenichs Erklärung und stimmte ihm bei, die US-Bomben sollten abgezogen werden. Beide wurden sofort von Außenminister Heiko Maas, von US-Diplomaten in Europa und vom NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg direkt kritisiert.

In Vorausnahme der Angriffe veröffentlichte Mützenich am 7. Mai im Journal for International Politics and Society⁶ eine detaillierte Verteidigung seiner Position, wo er eine Debatte anregte „über die Zukunft der nuklearen Teilhabe und die Frage, ob die in Deutschland und Europa lagernden taktischen Nuklearwaffen der USA die Sicherheit Deutschlands und Europas erhöhen oder ob sie mittlerweile nicht sicherheitspolitisch und militärisch obsolet geworden sind.“⁷

„Wir sollten ... erst einmal eine Debatte über die Frage führen, ob die nukleare Teilhabe noch zeitgemäß ist“, sagte Mützenich.

Der Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, verfasste hastig eine Widerlegung in der FAZ vom 11. Mai, mit 50 Jahre alten Klischees über die „aggressiven Aktionen Russlands“ und behauptet, nukleare Teilhabe bedeute, dass „Bündnispartner wie Deutschland gemeinsame Beschlüsse zur Nuklearpolitik fassen ...“ und „[gibt] den Bündnispartnern in Nuklearfragen eine Stimme, die sie sonst nicht hätten.“

Das ist schlicht unwahr, wie Mützenich es in seinem Papier ausführte, wo er es als „Fiktion“ bezeichnet, dass die nukleare Strategie des Pentagon von den Bündnispartnern der USA beeinflusst werde. „Es gibt keinen Einfluss oder gar Mitsprache von Nichtnuklearmächten auf die Nuklearstrategie oder gar die Einsatzoptionen von Atommächten. Dies ist nicht mehr als ein langbeschworener frommer Wunsch.“⁸

5 Der Tagesspiegel, 3.5.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/spd-fordert-abzug-aller-us-atomwaffen-aus-deutschland-es-wird-zeit-dass-deutschland-die-stationierung-zukuenftig-ausschliesst/25794070.html>

6 Fehlt genaue Angabe

7 Homepage von Rolf Mützenich: <https://www.rolfmuetzenich.de/publikation/deutschland-nukleare-teilhabe>

8 [<https://www.rolfmuetzenich.de/publikation/deutschland-nukleare-teilhabe>]

Die meisten Angriffe auf den Fraktionsvorsitzenden der SPD klangen wie die am 14. Mai vom damaligen US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, der Deutschland in der Zeitung „Die Welt“ drängte, die Abschreckungspolitik der USA beizubehalten und behauptete, ein Rückzug der Atombomben wäre ein „Verrat“ an den Verpflichtungen von Berlin bei der NATO.

Dann kam die Botschafterin der USA in Polen, Georgette Mosbacher mit einem Twitterpost vom 15. Mai um die Ecke, wo sie schrieb, „wenn Deutschland sein Potential der nuklearen Teilhabe reduzieren will,... könnte vielleicht Polen, das ehrlich seine Verpflichtungen erfüllt, ... dieses Potential bei sich nutzen.“ Mosbachers Vorschlag wurde weithin als absurd lächerlich gemacht, weil der Nichtverbreitungsvertrag solche Verlegungen von Atomwaffen verbietet und weil die Stationierung von US-Atomwaffen an die russische Grenze eine in gefährlicher Weise destabilisierende Provokation wäre.

Die NATO-Staaten, die sich an der „nuklearen Teilhabe“ beteiligen, müssen Nein sagen zum Abwurf von US-Wasserstoffbomben

Am 30. Mai bestätigte das National Security Archive in Washington Mützenichs Position und strafte Stoltenbergs Falschinformation Lügen, indem es ein bisher „streng geheimes“ Memo des US-Außenministeriums veröffentlichte, aus dem hervorging, dass die USA allein entscheiden, ob sie ihre Atomwaffen einsetzen, die in den Niederlanden, Deutschland, Italien, der Türkei oder Belgien stationiert sind.

Moralische und ethische Verurteilung der Nuklearwaffen in Büchel ist in jüngster Zeit von führenden Kirchenvertretern gekommen. In der tief religiösen Region von Rheinland-Pfalz, wo der Luftwaffenstützpunkt Büchel liegt, haben Bischöfe gefordert, dass die Bomben abgezogen werden. Der katholische Bischof von Trier, Stephan Ackermann, sprach sich 2017 am Stützpunkt für die nukleare Abrüstung aus; der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland, Renke Brahm, wandte sich im Juli 2018 an ein großes Protesttreffen am selben Ort; die lutherische Bischöfin Margot Kässmann predigte im Juli 2019 zur jährlichen Friedensfahrt vor über 1000 Menschen am Bücheler Haupttor; und dieses Jahr am 6. August befürwortete der katholische Bischof Peter Kohlgraf, Vorsitzender der deutschen Sektion von Pax Christi, in der Landeshauptstadt Mainz die atomare Abrüstung - gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und dem Mainzer Bürgermeister Michael Ebling.

Weiterer Zündstoff entfachte die hoch profilierte nukleare Diskussion am 20. Juni mit der Veröffentlichung eines Offenen Briefs an die deutschen Tornadopiloten in Büchel, unterschrieben von 127 Einzelpersonen und 18 Organisationen, mit dem

Aufruf, die direkte Beteiligung an ihrem Training des Atomkriegs zu beenden und mit der Erinnerung, dass „rechtswidrige Befehle... weder erteilt noch befolgt werden [dürfen].“

Der „Aufruf an die Tornado-Piloten des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 am Atombombenstandort Büchel zur Verweigerung der Mitwirkung an der nuklearen Teilhabe“ beanspruchte mehr als eine halbe Seite der regionalen Rhein-Zeitung in Koblenz.

Der Appell, der sich auf bindende internationale Verträge beruft, die militärische Planung für Massenvernichtung verbieten, war vorher an Oberst Thomas Schneider geschickt worden, den Kommandanten des 33. Taktischen Luftwaffengeschwaders der Piloten am Luftwaffenstützpunkt Büchel.

Der Appell rief die Piloten dazu auf, rechtswidrige Befehle zu verweigern und wegzutreten: „Atomwaffeneinsätze sind ... völkerrechts- und grundgesetzwidrig. Damit sind auch die Bereithaltung von Atombomben und alle unterstützenden Vorbereitungsleistungen für deren mögliche Einsätze rechtswidrig. Rechtswidrige Befehle dürfen weder erteilt noch befolgt werden. Wir appellieren an Sie, Ihren Vorgesetzten gegenüber zu erklären, dass Sie sich an der Unterstützung der nuklearen Teilhabe aus Gewissensgründen nicht mehr beteiligen wollen.“



Foto: Greenpeace Deutschland ließ diesen Ballon mit der Botschaft „Verbietet Atomwaffen“ nahe am Luftwaffenstützpunkt Büchel (im Hintergrund) steigen, als Unterstützung der Kampagne zum Abzug der dort stationierten US-Atomwaffen.

Roland Hipp, Geschäftsführender Vorstand von Greenpeace Deutschland, wies in seinem Artikel „Wie Deutschland sich selbst zur Zielscheibe eines Atomangriffs macht“ (Die Welt vom 26. Juni 2020),⁹ darauf hin, dass ohne Atomwaffen zu sein, die Regel, nicht die Ausnahme in der NATO ist. „Dabei gibt es bereits jetzt Länder

⁹ Vgl. Fußnote 2.

innerhalb der Nato [25 von 30], die keine US-Atomwaffen stationiert haben und sich nicht an der nuklearen Teilhabe beteiligen,“ schrieb Hipp.

Im Juli lag der Schwerpunkt der Debatte teilweise auf den kolossalen finanziellen Aufwendungen beim Ersatz der deutschen Tornado-Flugzeuge durch neue H-Bombenträger in einer Zeit vielfältiger globaler Krisen.

Dr. Angelika Claussen, Psychiaterin und Vizepräsidentin der Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges, postete am 6. Juli:¹⁰ „Ein bedeutender militärischer Aufbau in Zeiten der Corona-Pandemie wird von der deutschen Öffentlichkeit als Skandal empfunden... 45 nukleare F-18-Bomber zu kaufen bedeutet, etwa 7,5 Mrd. Euro auszugeben. Für diese Menge Geld könnte man 25.000 Ärzte und 60.000 Pflegekräfte im Jahr bezahlen, 100.000 Intensivbetten und 30.000 Ventilatoren.“

Dr. Claussens Zahlen wurden am 29. Juli untermauert von einem Bericht von Otfried Nassauer und Ulrich Scholz, Militäranalytiker am Berliner Information Center for Transatlantic Security. Die Studie ergab, dass die Kosten der 45 F-18-Kampfflugzeuge vom US-Waffenriesen Boeing mindestens zwischen 7,67 und 8,77 Mrd. Euro betragen würden (zwischen 9 und 10,4 Mrd. Dollar) oder jedes etwa 222 Mio. Dollar.

Die potentiellen 10 Mrd. Dollar an Boeing für deren F-18-Flugzeuge ist eine Frucht, die die Kriegsgewinnler gerne pflücken wollen. Deutschlands Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hat gesagt, ihre Regierung beabsichtige auch, 93 Eurofighter zu kaufen, produziert vom multinationalen Giganten Airbus, der in Frankreich beheimatet ist, zu einem vergleichbaren Schnäppchenpreis von 9.85 Mrd. Dollar – jedes 111 Mio. \$ - um die Tornados bis 2030 zu ersetzen.

Im August versprach SPD-Fraktionsvorsitzender Mützenich, die „Teilhabe“ der US-Atomwaffen 2021 zum Wahlkampfthema zu machen, und sagte der Süddeutschen Zeitung: „Ich bin fest davon überzeugt, dass, wenn wir diese Frage im Wahlkampfprogramm stellen, die Antwort relativ eindeutig ist... Wir werden diese Sache im nächsten Jahr weiter verfolgen.“¹¹

John LaForge ist einer der Leiter von Nukewatch, einer Gruppe für Frieden und Umweltgerechtigkeit in Wisconsin, und gibt deren Zeitschrift heraus.

<https://www.counterpunch.org/2020/09/18/germany-us-nuclear-weapons-shamed-in-nationwide-debate/>

¹⁰ <https://peaceandhealthblog.com/2020/07/06/rethinking-security/>, in englischer Sprache

¹¹ Hier Rückübersetzung aus dem Englischen. Es fehlt Quellenangabe zum deutschen Text.